

Bausparinitiativen

## Bausparen falscher Weg

Zürich, 27. März 2007

**Heute erfolgte die Lancierung einer zweiten Bausparinitiative. Diese will auch ein „Energie-Bausparen“ ermöglichen. Studien haben gezeigt, dass das Energiesparen viel besser durch Förderprogramme als mit Steuervergünstigungen gefördert werden kann.**

Nach der HEV-Bausparinitiative wurde heute eine zweite Initiative mit dem gleichen Ziel gestartet. Diese sieht noch grössere Abzugsmöglichkeiten vor. Bausparabzüge von bis zu 30'000 Franken pro Jahr für Ehepaare führen zu sehr hohen Steuerausfällen. Bezahlen dürfen dies alle, die nicht in den Genuss kommen, soviel Geld auf die hohe Kante zu legen. Leistungsabbau und höhere Gebühren werden die Folgen sein. Nachdem das Volk das Bausparen beim Steuerpaket klar abgelehnt hat, ist diese Initiative eine Zwängerei.

Die Absicht, auch für energetische Investitionen steuerbefreit sparen zu können, ist unnötig, ungerecht und wenig zweckmässig. Zum einen können heute schon in fast allen Kantonen energetische Massnahmen von den Steuern abgezogen werden, die zusätzliche Energie-Bausparmöglichkeit schafft ein unnötiges Wirrwarr von verschiedenen Methoden. Sie widerspricht fundamental dem Willen, das Steuersystem zu vereinfachen. Zum anderen zeigen Studien, dass Steuererleichterungen viel weniger Anreiz schaffen als dies Subventionen tun. Diese wirken gezielter und haben einen weniger hohen Mitnahmeeffekt. Bereits vor zehn Jahren hat eine Studie gezeigt, dass Steuererleichterungen zur Förderung von energetischen Sanierungen wenig bringen.<sup>1</sup>

Lesen Sie auf [www.mieterverband.ch](http://www.mieterverband.ch) das Positionspapier des Verbandes zur Energiepolitik

Steuerliche Abzüge haben zudem den Effekt, dass sie umso mehr Einsparungen bringen, je höher das Einkommen ist. Folgendes Beispiel soll dies verdeutlichen: Ein Zürcher Ehepaar mit zwei Kindern investiert 20'000 Franken in eine Energiesparmassnahme. Es spart an Steuern ein<sup>2</sup>:

- Bei einem Bruttoeinkommen von Fr. 60'000: Fr. 1500.-
- Bei einem Bruttoeinkommen von Fr. 100'000 Fr. 3485.-
- Bei einem Bruttoeinkommen von Fr. 200'000 Fr. 6792.-
- Bei einem Bruttoeinkommen von Fr. 500'000 Fr. 8653.-

### Statt neuen Steuersenkungen braucht es für die Klimapolitik:

- Strengere Bauvorschriften: Eine Verschärfung der Vorschriften ist nötig und möglich.
- Heute gehören bis zu 50 Prozent der verkauften Haushaltgeräte nicht der A-Klasse an. Auch hier braucht es strengere Vorschriften, damit der Stromverbrauch sinkt.
- Die flächendeckende Einführung des Energieausweises für Gebäude, damit in Sachen Energieverbrauch Klarheit herrscht.
- Eine transparente Heizkostenabrechnung, die für jedermann und jedefrau lesbar ist.
- Die Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung mit einer gerechten Verteilung der Kosten zwischen Vermieter- und

<sup>1</sup> Econcept: Evaluation energiepolitisch motivierter Steuererleichterung, 1995

<sup>2</sup> Berechnungen mit üblichen Abzügen, aber ohne 2. und 3. Säule mit Steuerrechner [www.konsuminfo.ch](http://www.konsuminfo.ch)

- Mieterpartei. Ohne VHKA haben Massnahmen wie die CO<sub>2</sub>-Abgabe oder andere Lenkungsinstrumente wenig Wirkung.
- Die möglichst rasche Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe. Sie verteuert das Wohnen und Heizen nicht, sondern schafft einen Sparanreiz.
  - Förderprogramme: Nach Auslaufen des Gebäudeprogramms des Klimarappens im Jahre 2009 werden wieder massiv weniger Gelder zur Förderung von energetischen Sanierungen zur Verfügung stehen. Es braucht ein Anschlussprogramm.
  - Zukünftige Förderprogramme müssen einen Fokus auf die heute preisgünstigen Bauten aus den Boomjahren 1950 bis 1970 legen und sozialverträglich ausgestaltet werden. Die Bauten aus den Boomjahren sind besonders schlecht isoliert. Hier ist staatliche Hilfe angezeigt, wenn gleichzeitig günstiger Wohnraum erhalten werden kann. Keine Subventionen verdient, wer nach Umbauten die Investitionen über den Mietzins wieder hereinholt.
  - Die Vermieterseite muss stärker in Sachen Liegenschaftunterhalt in die Pflicht genommen werden. Der Unterhalt bringt zwar keine massiven Energieeinsparungen, doch der laufende Unterhalt hilft mit, an vielen kleinen Orten den Energiebedarf zu reduzieren.